

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag,
10. April 1920

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30, bei Illustrierten entsprechender Preisnachlaß.

15.
folge

Zur Aufklärung.

Geschäftige Parteileute sind an der Arbeit, mit den Mitteln der Verleumdung und der politischen Verdrehung die Stellung der Deutschen Volkspartei zu der Militärrevolte in Berlin in durchaus falschem Lichte darzustellen. Diese Kreise scheinen immer noch nicht zu erkennen, wie völlig neben-sächlich im Augenblick der Parteivorteil ist gegenüber dem entscheidenden Moment, ob das deutsche Vaterland vor der Herrschaft des Kommunismus und Bolschewismus gerettet wird oder in ihr ver-sinkt. Etwas anderes steht für jeden ernsten Po-litiker gegenwärtig nicht auf dem Spiele. Die Lage im Lande ist so furchtbar ernst, daß jeder Parteimund schweigen und die Geschlossenheit einer einheitlichen Handlung ausgelöst werden sollte. Wehe den Parteisanatikern, die auch jetzt noch den trostlosen Mut besitzen, das Feuer des Partei-habers zu schüren, um daran ihre jämmerliche Par-teisuppe zu kochen.

Wie steht es um Deutschland? Der rheinisch-westfälische Industriebezirk ist völlig in der Hand der Kommunisten mit ihrer roten Armee. Die Reichswehr ist dort überwunden oder hat das Ge-biet geräumt. Neue militärische Kräfte müssen herangeführt werden, um diese Herzkammer der deutschen Wirtschaft von dem Kommunismus zu befreien. Erfurt, Gotha, Plauen, Chemnitz und eine Mehrzahl der mitteldeutschen und sächsischen Industriestädte sind in der Gewalt der Kommuni-sten. In Pommern und Mecklenburg ziehen kom-munistische Banden raubend und plündernd über die Güter. In Berlin ist gegen den Willen der Mehrheitssozialisten und trotz der Kapitulation der Mehrheitsparteien vor den diktatorischen For-derungen der Gewerkschaften die Fortsetzung des Generalstreiks ausgerufen, um letzten Endes dem Kommunismus auf dem unblutigen Wege des Ge-neralstreiks die Macht in die Hand zu liefern. Wer angesichts dieses furchtbaren Ernstes der Gesamt-lage in Deutschland noch immer am Parteigedan-ken hängt, und seine Seele nicht freimachen kann für rein nationale Regungen, der ist der schlimmste Feind der bedrohten Rettung. Die Deutsche Volks-partei hat vom ersten Augenblick des Rappschers Putsch an ihre Aufgabe darin gesehen, den ange-richteten Schaden so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen, verfassungsmäßige Zustände wie-derherzustellen und die Ordnung gegen die kom-munistische und bolschewistische Gefahr im Innern durch Heeresmacht sicherzustellen. Um dieses

Ziel zu erzielen, hat die Deutsche Volkspartei nicht wie die sozialistische Regierung und die Deutsche demokratische Partei zum Generalstreik, zur Lahmlegung der gesamten deutschen Wirtschaft aufgerufen, sondern den Weg der praktischen Ver-ständigung beschritten, indem sie auf der einen Seite mit den verfassungstüchtigen Gewalthabern in Berlin und auf der andern Seite mit Vertretern der Mehrheitsparteien unverzüglich, und zwar be-reits am Sonntag, dem 14. März, Verhandlungen anknüpfte. Wäre es gemäß den Absichten der Deutschen Volkspartei gelungen, bereits am Mon-tag, dem 15. März, zu einer Verständigung mit den Mehrheitsparteien über die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierung zu gelangen, so wären die folgenschweren Nachwirkungen des durch eine lange Dauer so wirksam gewordenen Ge-neralstreiks zu vermeiden gewesen. Es wird von der Regierungsseite und der demokratischen Partei behauptet, daß Herr von Lüttwisch davon gesagt sei. Diese Behauptung ist durchaus falsch. Der Rück-tritt und damit die für die Truppe krisenlose Ent-fernung von Lüttwisch erfolgte auf Grund von Ver-handlungen zwischen den Vertretern der Parteien und dem General v. Lüttwisch, die von einem Ver-treter der Deutschen Volkspartei ermöglicht wor-den sind. In diesen Verhandlungen wurden die Bedingungen festgelegt, unter denen Herr v. Lüt-twich bereit war, von seinem Posten als Militär-befehlshaber in Berlin zurückzutreten. Den Ver-tretern der Mehrheitsparteien lag angesichts der durch das ganze Land hindurchlaufenden kommuni-stischen Feuersbrunst außerordentlich daran, auf dem Wege dieser Verständigung die Kommando-gewalt über die Berliner Truppen wieder in die Hand zu bekommen. Wäre es anders gewesen, so hätten die Vertreter der demokratischen Partei und der Zentrumspartei sicherlich in Uebereinstimmung mit der geflohenen Regierung nicht mit Lüttwisch verhandelt, noch viel weniger ihre Zustimmung zu dem für Herrn v. Lüttwisch annehmbaren politischen Kompromiß gegeben. Hier war es das positive Wirken und Einwirken der Deutschen Volkspartei, die der heutigen Regierung, unter Vermeidung von Konflikten innerhalb der Truppen, die militärische Macht in Berlin wieder in die Hand gespielt hat. So und nicht anders stellt sich das politische Wirken der Deutschen Volkspartei in den schwersten Kon-fliktsstunden dar, als die Regierung in Berlin auf-gehört hatte, eine Macht zu sein.

Der Deutschen Volkspartei schwebte zunächst bei den Sonntagverhandlungen die Bildung eines

Koalitionskabinetts unter Einfluß aller Parteien, die dazu bereit waren, vor. Die tatsächlichen Be-mühungen auf Verständigung fanden zunächst keine Gegenliebe bei den Mehrheitsparteien, bis die un-geheuer gewachsene kommunistische Gefahr nach weiteren drei Tagen die in Berlin anwesenden Vertreter der Regierungsparteien doch zwang, die früher abgelehnten Bedingungen der Neuwahl der Nationalversammlung, der Sicherung der Reichs-präsidentenwahl durch das Volk und der Umgestal-tung des Kabinetts zuzustimmen. Die Deutsche Volkspartei hat aber in keinem Augenblick der Verhandlungen einen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich nicht zu einem Ministerium drängte, so-fern durch ihre Teilnahme eine Erleichterung der Lösung der politischen Lage eintreten sollte.

Die Deutsche Volkspartei erkannte von Anfang an, daß die scharfe Generalstreikparole mit der Au-torität der Regierungsmacht durchgesetzt und von einer bürgerlichen, der demokratischen Partei mit Fanatismus unterstützt, die ohnehin durch das Rappschers Unternehmen aufgerührte Bewegung des Kommunismus außerordentlich fördern würde. Mit jeder Stunde wachsender kommunistischer Gefahr wuchs die politische Bedeutung eines für die Auf-rechterhaltung der Ordnung kampfswilligen Heeres. Daß dieses Heer nicht durch jene wahnsinnige Hege, die in Berlin gegen alles, was Waffen trug, ein-sezte, gefördert werden konnte, daß das Heer vor einer Neigung durch das Bürgertum bewahrt wer-den mußte, hat die Deutsche Volkspartei als ent-scheidend für ihre Haltung betrachtet, im Gegen-satz zu den weiter links gerichteten Parteien. Wenn heute in Berlin nicht der Kommunismus herrscht, und der Mob nicht zur Gefahr für friedliche Bür-ger wurde, so liegt das nicht an einer wirksamen Führung der Regierungsgeschäfte — davon ver-spürt in Berlin niemand etwas — sondern daran, daß die Berliner Bürger trotz ihrer Undankbarkeit unter dem sicheren Schutz der Bajonette der Trup-pen sicher haben schlafen können. Wer staatszer-hende Politik treiben will, muß sich auch im Auge-blick höchster leidenschaftlicher Anreize dessen be-wußt sein, daß die Erhaltung der Staatsnotwendig-keiten höchstes Gesetz des politischen Handelns bi-ßen muß. Die erste Staatsnotwendigkeit ist aber das ist die ernsteste Lehre der Märzrevolte — ein zuverlässiges Heer. Ob links oder rechts regi-wird, ohne ein zuverlässiges Heer kann ein Ste-nicht leben. Der Zustand, daß 5000 Soldaten vorüber ammarschierend das ganze Reichsgebiet über den Straßen marschieren und die Regierung zu-

Flucht zwingen konnten, ist eben der klare Beweis dafür, daß uns die alte Regierung in der Republik noch keine festen Staatsfundamente gegeben hatte, denn was den 5000 Soldaten glückte, hätte schließlich einige Wochen später 5000 Kommunisten ebenso glücken können, dann vielleicht aber mit noch verheerenderen Folgen.

Die politischen Nachwirkungen des Generalsstreiks treten in ihrer Größe täglich schärfer und klarer in Erscheinung. Die Verständigung der Mehrheitsparteien mit den Gewerkschaften war bereits die Kapitulation vor der Diktatur von links, war bereits Verfassungsverletzung, wenn nicht Verfassungsbruch. Den Gewerkschaften soll ein bestimmender Einfluß auf die Bildung des Kabinetts und auf die gesetzgeberische Betätigung eingeräumt werden, beides nach der Verfassung nur Aufgaben des vom Volk gewählten Parlamentes. Das ist die Zerstörung der Volksrechte und die Aufrichtung einer Diktaturherrschaft. Die jetzt unsere Ordnung schützenden Truppen, soweit sie sich nach Ansicht der Regierung haben verhalten lassen, an der Militärrevolte teilzunehmen, sollen entwaffnet werden, dafür aber die Bewaffnung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten erfolgen. Das ist die Preisgabe der Sicherheit und Ordnung aus den Händen der Staatsgewalt in die Hände einer Parteigewalt. Sind die Waffen erst in den Händen der Arbeiter, so wird der Kommunismus schon Sorge dafür tragen, daß diese Waffen den politischen Zwecken des äußersten Radikalismus dienen werden. Und nun ergibt sich obenbrein, daß sich mit dieser völligen Preisgabe unserer verfassungsrechtlichen Grundlagen die Mehrheitsparteien noch nicht einmal die Erlösung vom Generalsstreik erkaufen können. Die Mehrheitspartei und ihre Gewerkschaftsführer gaben die Aufhebung der Generalsstreikparole aus. Die vom Radikalismus geleitete Zentralkomitee in Berlin ging über diese Parole der Mehrheitsparteien zur Tagesordnung über und rief den Generalsstreik auch weiter aus, um auf diesem Gewaltwege die radikalistischen und kommunistischen Ziele weiter durchzusetzen.

Alle diese Ereignisse mit ihren ganzen Folgen zeugen dafür, daß der einzig rettende Gedanke der war, nicht die Lage durch Schürung des Parteijanatismus maßlos zu verschärfen, so daß schließlich eine Aufrechterhaltung der Ordnung und Verfassung kaum mehr möglich ist, sondern so schnell wie möglich den Zusammenschluß der Parteien zur Ausmerzung der Regierung Kapp-Lüttwisch herbeizuführen. Heute schon wird es jedem klar sein, daß es eine tausendfach leichtere Aufgabe war, wenn alle Parteien sich zu diesem Zweck zusammenschlossen und von den Beamten des Staates unterstützt wurden, die Kapp und Lüttwisch zu vertreiben als den zum ersten Male in Deutschland nur mit Hilfe der Staatsgewalt und der moralischen Unterstützung zweier Regierungsparteien durchgeführten Generalsstreik wieder aus der Welt zu schaffen. Die schärfste und rücksichtsloseste Verurteilung der Kappischen verbrecherischen Frivolität war trotz allem nicht der Schlüssel zur Lösung der Lage, sondern das sofortige politische Handeln aller staatsverhaltenden Parteien unter Würdigung der ungeheuren Folgen, die eine politische Verheerung gerade in dem Augenblick höchster Leidenschaften mit sich bringen mußte.

Zum Schluß noch das Eine. Jede Andeutung, daß die Deutsche Volkspartei in irgend einer Instanz oder in irgend welchen Personen an den Vorbereitungen des Putsches, an seiner Durchführung oder an seiner Festigung mitgearbeitet hätten, beruht auf frivoler, dem Parteihaf dienender Erfindung. Die Aufklärung der folgenden Wochen wird das klar erweisen. Die Deutsche Volkspartei hat weder in Worten noch in Taten jemals den Boden der liberalen Fortentwicklung unseres Staatslebens auf der Verfassungsgrundlage verlassen. Sie hat nicht an sich, sondern hat nur an

die vaterländische Sache gedacht und ist auf diesem Wege nicht der Versuchung verfallen, dem Parteijanatismus zu huldigen, sondern hat in ihrem positiven Handeln völlig im Interesse des Staates die politische Vernunft und Besonnenheit bewahrt lassen.

Dr. Otto Hugo, M. d. R.

Die Kornilow-Parallele.

Von geschäfter Seite wird uns geschrieben:

Das Deutsche Reich befindet sich nicht mehr in Gefahr, es steht bereits am Rande des Verderbens. Führerlos treibt das Staatschiff dem Abgrund entgegen, wirtschaftlicher Zusammenbruch und Anarchie, Hunger und Tod bedrohen das Volk, bedrohen jeden einzelnen in seiner Existenz. Gibt es noch einen Ausweg, eine Rettung?

In Sowjet-Rußland wurde die Regierung Kapp-Lüttwisch mit hellem Jubel begrüßt. Die Stimmen der russischen Sachverständigen dürfen bei uns nicht ungehört verhallen. Blühend beleuchten sie die Entwicklung, in der wir uns befinden, und rufen die Erinnerung an den mißglückten Aufstand des Generals Kornilow wach, der dem bolschewistischen Umsturz um einen Monat voranging. So schreibt „Steflow“ in der offiziellen „Iswestija“: „Die deutsche Kornilowade bedeutet nichts anderes, als den Auftakt der Proletariatsrevolution, die bereits auf dem Anmarsch ist.“ Kadel sieht in der Regierung Kapp-Lüttwisch den Vorläufer der sozialen Revolution: „Solange sie die Macht in den Händen haben, sind wir bereit, in Frieden mit ihnen zu leben, aber wir erwarten ihren Zusammenbruch in nächster Zeit.“ Die „Pravda“ stößt ein wahres Triumphgeheul: „Wir sind stets der Anschauung gewesen, daß es nur zwei Arten von Diktaturen geben kann: die Diktatur einer militaristischen Räuberbande oder die Diktatur des Proletariats. Die Ereignisse in Deutschland beweisen, daß auf dem Boden einer bürgerlichen Demokratie kein dauerhafter Zustand erreichbar ist. Der Klassenkampf hat seine Aufgaben bereits erfüllt.“ Die „Pravda“ schließt ihre Ausführungen mit einer Ermahnung an das deutsche Proletariat, die Logik der Ereignisse wachen zu lassen, um, wenn die Zeit erfüllt ist, die Diktatur des Proletariats wie einen rohen de bronze aufzurichten.

Erreicht der Blick in die Vergangenheit zurück und sucht an den Beispielen der Geschichte zu lernen. Unwillkürlich drängen sich ihm die Bilder der russischen Revolution auf, deren Verlauf und vorläufigen tragischen Abschluß wir vor kurzem noch schauernd als unbeteiligte Zuschauer erlebten. Das drohende Gespenst des Bolschewismus erhebt sich vor uns, die russische „Götterdämmerung“, die Rußland in die rote Flut der Selbstvernichtung tauchte. Den Weg dahin haben wir bereits beschritten, wird er auch uns zu demselben Ziele führen?

Es wäre undankbar, eine Parallele zwischen der deutschen und russischen Revolution im einzelnen durchzuführen. Sie gleichen sich in manchen äußerlichkeiten, sind sich aber ihrer Art nach wesentlich fremd. Denn jedes Volk hat seine eigene Revolution. In Rußland regiert die Phrase, das hohle Pathos, das in Kerensti einen würdigen Vertreter fand. Die deutsche Revolution trägt den Stempel des Spießbürtums. Sie wurde durch Erzberger verkörpert, jenen heuchlerischen Schieber. Neu ist die Behandlung der Politik als Börsenspekulation im großen Stil. Beide Revolutionen ideenlos, arm an tatkräftigen und zielbewußten Männern, die ihr in Not geknechtetes Volk einer besseren Zukunft entgegenführen könnten. Die bei minorum centum regieren in Deutschland, regierten in Rußland, bis ihnen dort der geniale Führer, der aus der Tiefe des Volkes emporstieg, das Heft des Schwertes aus der Hand wandt, um eine in der Weltgeschichte bisher unbekannte Schreckensherrschaft zu errichten.

Die Schuld am Siege des Bolschewismus trug in erster Linie das russische Bürgertum, das durch seine Kraftlosigkeit und Halbheit den Zusammenbruch des Staates beschleunigte und in sträflicher Letzbarkeit sich auf der abschüssigen Bahn der Zu-

geändnisse immer weiter in den roten Abgrund treiben ließ. Die Furcht vor der revolutionären Straße beherrschte sein Handeln, und in willenslosem Schwanken versäumte es den Augenblick der Tat.

Auch in Deutschland hat das Bürgertum völlig versagt und seine Stimme niemals in die Waagschale der Entscheidungen geworfen. Denn den wahnsinnigen Putsch der letzten Tage wird kein objektiv Urteilender ihm an die Röschke hängen können. In Rußland hätte das Bürgertum sich für Kornilow erklären und so die Revolution vor dem Untergange retten müssen. In Deutschland gilt es, unter schärfster Verurteilung des Putsches Kapp-Lüttwisch die drohende Gefahr von Seiten der äußersten Linken zu erkennen und sie mit allen Mitteln einmütig zu bekämpfen. Welchen verhängnisvollen Verlauf die Ereignisse sonst nehmen können, beweist am besten der Aufstand Kornilows und seine Folgen, die auch ohne Kommentar eine nur allzu deutliche Sprache reden.

Anfang September 1917 hatten Besprechungen zwischen dem Höchstkommandierenden General Kornilow und dem Kriegsminister Sawinkow, der im Auftrage Kerenstis ins Hauptquartier gereist war, mit dem Ergebnis stattgefunden, daß eine Reihe von wichtigen Reformen zur Hebung der Disziplin unter den Truppen beschlossen wurden. Um der drohenden bolschewistischen Gefahr vorzubeugen, sollte eine Kavallerie-Division zur Unterstützung der Regierung nach Petersburg entsandt werden. Auf Kerenstis Vorschlag sollte gleichzeitig über die Bildung eines neuen Kabinetts verhandelt werden, in dem Kornilow den Vorsitz führen und dem Kerensti angehören sollte. Doch bevor eine Einigung erzielt war, erklärte ihn Kerensti — die Furcht, von Kornilow um Macht und Ansehen gebracht zu werden, bewog ihn hierzu — für einen Staatsverräter. Bevor er die Feindseligkeiten noch eröffnen konnte, wurden Verhandlungen angeknüpft, die bald zu einem günstigen Resultat führten. Die Truppen, durch Mittelspersonen der Regierung aufgewiegelt, verließen ihn, der Aufstand brach in sich zusammen. Kornilow mußte bedingungslos kapitulieren.

Der Versuch Kornilows, dem monarchistischen Blane fern lagen, den Staat vor der bolschewistischen Flutwelle zu retten, war gescheitert. Mit untauglichen Mitteln, in völliger Unkenntnis der Stimmung innerhalb der Bevölkerung unternommen, war er zum Mißlingen verdammt. Wohl sympathisierte ein Teil des Bürgertums mit Kornilow, doch verkannte es die drohende Gefahr von Seiten der Bolschewisten und befürchtete die Errichtung einer Militärdiktatur. Die breite Masse des Volkes war durch den Bolschewismus bereits so weit infiziert, die Truppen in der Hand ihrer Führer so unzuverlässig, daß jeder Versuch, die Zügel der Regierung straffer anzuspinnen, mißglückte.

Nach Niederwerfung des Aufstandes stand Kerensti vor der Notwendigkeit, das Kabinett zu rekonstruieren, da die rechten Mitglieder desselben sich durch ihre Sympathien für Kornilow kompromittiert hatten. Sie wurden den linken Parteien geopfert. Anfangs versuchte er, dem Kabinett den Charakter eines Sachministeriums zu geben, indem er Vertreter des Handels und der Industrie zum Eintritt aufforderte, die Posten des Kriegs- und des Marineministers mit höheren Offizieren besetzte. Das neue Kabinett scheiterte am Widerstand der Linken. So blieb Kerensti nichts anderes übrig, als den Rat der Fünf als Direktorium fortbestehen zu lassen. Unter dem Druck der Linken berief er eine Staatskonferenz mit Ausschluß der bürgerlichen Parteien, die endgültig über die Regierungskrise entscheiden sollte. Widerstandslos beoab er sich in die Hände der revolutionären Masse.

So brachte der mißglückte Aufstand Kornilows eine starke Linksorientierung des Regierungsrates und des Volkes mit sich. Auffällig war es, daß die Furcht vor einem neuen Putsch von rechts das Volk bis weit in die Kreise des Bürgertums beherrschte, obgleich sein Mißlingen einwandfrei bewiesen hatte, daß eine Gefahr von rechts tatsächlich nicht mehr bestand, die Bolsche-

wissen aber in immer stärkerem Maße die Sicherheit der jungen Republik bedrohten. Einen Monat nach dem Aufstand Kornilows hatten sie die Herrschaft an sich gerissen, die sie mit blutigem Terror aufrecht erhielten.

Solange es in Deutschland noch Männer gibt, die einen Willen haben, ist noch nicht alles verloren. Erst wenn die Entscheidung der Straße ausschließlich gehört wird, wenn die Stimme der Vernunft nicht mehr zu der verhehten und irriggeführten Masse dringt, dann gibt es keine Hoffnung mehr. Das Schicksal Deutschlands liegt in den Händen der werktätigen Kopf- und Handarbeiter. Mögen sie den Augenblick verstehen und über die Parteien hinweg sich die Hände reichen, ehe es zu spät ist. Rußland verankert in den Abgrund, weil die Angst diejenigen, die retten konnten, beherrschte und sie zu immer weiterem Nachgeben zwang, vor allem aber, weil sie dem Bolschewismus keine positive Idee gegenüberzustellen vermochten. Die letzten Tage, die uns die kommende Zeit ankündigten, waren ein drohendes Zeichen. Die Rettung liegt bei dem entschlossenen Willen derer, die sich schützend vor die Produktion stellen!

Der „Sieg der Demokratie“ und seine Bilanz.

Am 20. März wurde der „Sieg der Demokratie“ auf allen Gassen von der sozialdemokratischen und der demokratischen Presse ausgerufen. Heute nach 14 Tagen kann man einmal die Bilanz dieses „Sieges“ ziehen. Die Rechnung ist kurz, aber durchschlagend. Erstes Ergebnis: die Demokratie verleugnet heute ihren „Sieg“. Herr Gothein hat im „Berliner Tageblatt“ zwei Artikel über die 9 Punkte veröffentlicht, die bekanntlich von den Berliner Streikgewerkschaften der sieghaften Demokratie gestellt und aufgezwungen worden sind. Herr Gothein versichert, daß sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften die größte Mühe gegeben hätten, im ersten Punkt die Wahrung der verfassungsmäßigen Bestimmungen ausdrücklich festzusetzen. Die demokratischen Sieger aber haben damals, als sie auf jeden Widerstand stießen, verzichtet und nachher hat die demokratische Fraktion der Nationalversammlung dem Abkommen ihre Zustimmung verweigert. Ein ganz selbsterleuchtender Vorgang! Am 20. März berauschte sich die Demokratie an ihrem Siege und heute will sie nichts mehr davon wissen, nachdem sie ihn bei nächster Gelegenheit beseitigen hat.

Es ist völlig dunkel, auf welcher Grundlage die Regierung nun eigentlich fußt. Mitten durch ihren Aufbau geht der tiefe Riß zwischen Herrn Legien und den demokratischen „Siegern“. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen auch die Reichsleitung den Kopf vollständig verlor. Die Regierung hat zunächst vor der bolschewistischen Roten Armee im Industriegebiet kapituliert und dann tagelang die schwere Gefahr vertuscht, um es rechtfertigen zu können, daß die Reichswehr-Gewehr bei Fuß stand. Herr Müller hatte sich dem sozialistischen Machtanspruch zu beugen, der sich gegen militärische Eingriffe auflehnte, und Herr Müller hat sich gebeugt. Er selbst hat am Freitag erklärt, er habe die Hilferufe aus dem Industriegebiet nicht beachtet, so lange sie von bürgerlicher und christlich-gewerkschaftlicher Seite ausgingen. Aber dann schlug das Wetter plötzlich um. Unter der schwächlichen Hand der Regierung ist die Gefahr im Industriegebiet ins Riesengroße gewachsen. Kein Vertuschen hilft mehr, und Herr Müller muß sogar den kommunistischen und bolschewistischen Ursprung des Aufruhrs zugeben, der ja bekanntlich bisher stets als eine Erfindung der Deutschen Volkspartei galt. Das „Berliner Tageblatt“ ist sogar so ehrlich, einzugehen, daß der Aufruhr in dem westfälischen Industriegebiet im engen Zusammenhang mit dem russischen Bolsche-

wismus steht und seiner Vorbereitung nach weit zurückgeht, daß der Kapp-Putsch nur Anlaß gewesen sei zu vorzeitigem Losschlagen. So bricht der rote Schrecken durch die Schleier, die die Regierung Herrn Legien und den Unabhängigen zuliebe bis jetzt über die Vorgänge im Industriegebiet geworfen hat. Und es wird auch den Verblendeten offenbar, wohn uns der „Sieg der Demokratie“ schon nach 14 Tagen geführt hat: An den Rand des bolschewistischen Abgrundes.

Vorbereitungen zum Wahlkampf.

Nach den Auslassungen der Regierung ist anzunehmen, daß die Neuwahlen zur Nationalversammlung zwischen dem 6. und 20. Juni stattfinden werden. Es ist daher unbedingt nötig, daß wir schon jetzt alle Maßnahmen treffen, um jederzeit in den Wahlkampf eintreten zu können, ist doch der Ausgang der Wahl nicht zum mindesten von der sorgfältigen Vorbereitung der Agitation für unsere Partei abhängig.

Vor allem müssen wir aus der Erfahrung der Januarwahlen lernen, daß eine viel größere Zahl von Orten rednerisch erfasst werden müssen. Selbst ein flüchtiges Durchblättern der Wahlergebnisse zeigt, daß überall, wo unsere Freunde gesprochen haben, eine viel größere Stimmengahl erzielt wurde als in Orten, die wir nicht in Versammlungen bearbeiten konnten. Daraus ergibt sich, daß wir viel mehr Versammlungen im Wahlkampf abhalten müssen. Da heißt es, rechtzeitig die nötige Anzahl von Rednern und Rednerinnen zu gewinnen.

Wir müssen unbedingt versuchen, etwa die doppelte Zahl rednerischer Hilfskräfte zu gewinnen. Es ist daher unbedingt schon jetzt erforderlich, daß jeder Kreisvorsitzende sich in seinem Kreise nach geeigneten Persönlichkeiten umsieht und auch die Bedingungen feststellt, unter denen sie bereit sind, mitzuwirken. Hauptsächlich kommt es darauf an, zu erfahren, ob die in Betracht kommenden Damen und Herren nur an bestimmten Abenden oder Tagen und an welchen sie für die Redetätigkeit frei sind, ob sie nur an ihrem Wohnorte und in dessen näherer Umgebung sprechen können und wollen oder ob sie im ganzen Kreise oder auch außerhalb desselben zur Mitarbeit bereit sind. Sehr wertvoll sind Redner, die im Kreise ihrer Berufstätigkeit zur Vertretung unserer Anschauungen sich zur Verfügung stellen; Landwirte, Handwerker, Beamte, Privatangestellte usw. werden viel wirksamer für uns in ihrem Berufskreise sprechen können, als wenn auf dem Lande z. B. ein Rechtsanwalt, vor Handwerkern ein Beamter sprechen muß, weil nicht rechtzeitig ein dem Berufe angehörender Redner beschafft werden konnte. Um den nötigen Ausgleich herbeizuführen, muß dem Generalsekretariat in Dortmund so bald wie möglich eine Liste der zur Verfügung stehenden Redner mit den oben genannten Angaben eingesandt werden.

Kerner ist es erforderlich, daß die Kreisvorsitzenden schon jetzt einen Plan aufstellen, in welchen Orten ihres Kreises Versammlungen abgehalten werden müssen, welche Redner für diese Orte in Betracht kommen und wo insbesondere die ersten Kandidaten unserer Liste unbedingt sprechen müssen. Dabei ist dringend wünschenswert, daß mindestens für diese Redner gleich ein Reiseplan aufgestellt wird, der die notwendige Ersparnis an Zeit für die natürlich im Wahlkampf stark in Anspruch genommenen Kandidaten erst möglich macht. Auch dieser Plan muß, sobald er fertiggestellt werden kann, dem Generalsekretariat zugehen, damit dieses den Gesamtplan für die Hauptredner aufstellen vermag.

Neben der rednerischen Bearbeitung des Wahlkampfes ist eine viel ausgedehntere Einwirkung durch Presseartikel und Flugblätter anzustreben, als sie bei der vorliegenden Wahl möglich war. Neben ganz allgemein für den vollen Umfang unserer Provinz bestimmten Artikeln, Notizen und Flugblättern ist auch auf Zurückweisung lokaler Angriffe, auf in einzelnen Kreisen oder Berufsständen

den besonders interessierende Angelegenheiten Bedacht zu nehmen. Obwohl die örtlichen und die Kreisorganisationen in ihrer selbständigen Stellungnahme, die ja meistens erforderlich sein wird, um mit der nötigen Schnelligkeit auf dem Plan zu erscheinen, nicht beschränkt werden dürfen und sollen, ist doch dringend zu empfehlen, daß vor wichtigeren Veröffentlichungen telephonisch, bei genügender Zeit auch schriftlich mit dem Generalsekretariat Führung genommen wird, soweit die Umstände es nur irgend gestatten. Die notwendige Verbreitung der Flugblätter und Notizen in alle Orte der Provinz kann seitens der Zentrale in Dortmund nur garantiert werden, wenn alle Kreise die ihnen in den einzelnen Orten zur Verfügung stehenden Vertrauensmänner schnellstens melden, was noch nicht überall geschehen ist, und auch dafür sorgen, daß diese Kreisläufer dauernd berichtigt wird. In einigen Kreisen ist ein viel dichter Ausbau des Netzes von Vertrauensleuten unbedingt erforderlich.

Wirtschaft und Politik.

Von Ministerialdirektor z. D. Wirtl. Geh. Legationsrat Dr. Simons, geschäftsführendem Präsidialmitgliede des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Wir entnehmen die nachstehenden Ausführungen der Nummer 1 einer neuen Wochenschrift „Die Arbeit“, in der alle bisher zerstreuten Aufarbeitungen einheitliche Zusammenfassung finden sollen.

Wirtschaft und Politik sind heute weniger als je voneinander zu trennen. Der Staatsmann muß, um seinen Beruf zu erfüllen, Wirtschaftspolitiker sein. Wer die letzten fünf Jahrgänge des Reichsgesetzblatts mit den ersten fünf Jahrgängen nach der Reichsgründung vergleicht, dem stellt sich in einem packenden Bilde dar, wie sich der Staat mit Wirtschaftszwecken durchsetzt hat, oder, wenn man lieber will, wie die Wirtschaft vom Staat erobert worden ist. Es wird, zumal nach den Ergebnissen des Weltkrieges, für den Politiker auf absehbare Zeit nicht mehr möglich sein, die Wirtschaft sich selbst zu überlassen.

Dennoch ertönt lauter und lauter der Ruf nach „Entpolitisierung der Wirtschaft“. Was ist sein Anlaß und was bedeutet er?

Der Anlaß ist ein doppelter: er ist sachlich und persönlich begründet. Zunächst haben wir unzweifelhaft unter einer Überspannung der Beziehungen des Beamtenstandes zur Volkswirtschaft zu leiden gehabt. Der Wirtschaftskörper ist ein Organismus. Er entwickelt sich nach Naturgesetzen, deren Wirkung sich den rationalistischen Eingriffen einer Beamtenschaft vielfach entzieht, und er lebt doch wieder von immer neuen Entschlüssen der Willkür Einzelwillen, aus denen er sich zusammensetzt und die das Gefühl der Freiheit behalten müssen, wenn das Ganze nicht absterben soll. Kein Wunder, daß die Wirtschaft, die unter einer allzu scharfen staatlichen Regelung gestellt war, das Bedürfnis nach Unabhängigkeit gegenüber den staatlichen Funktionen empfindet.

Dazu kommt aber, daß die Träger der staatlichen Funktionen für die Aufgabe, die ihnen mit der Regelung der Wirtschaft gestellt war, meist nur ungenügend geschult sind. Das Beamtentum ist in den Gedankengängen der staatlichen — inneren oder äußeren — Machtpolitik, das Parlament in den Praktiken der Parteipolitik herangebildet. Die Wege, auf denen sich die Beamten und die Politiker mit der Wirtschaft beschäftigen, sind nicht immer die sachlich richtigen gewesen. Auch wo es sich nicht um persönliche Vorteile handelte, haftete an einer solchen Beschäftigung gar zu leicht der Makel der „Interessenpolitik“.

Aber eine gute Wirtschaftspolitik ist gar nicht möglich ohne eine richtige Interessenpolitik. Die Interessenpolitik muß nur, statt auf Hintertreppen und durch Plättanten, kraft öffentlichen Auftrags und durch sachverständige Vertrauensleute betrieben werden. Damit kommen wir zu der eigent-

Ein schweres Unheil aber wäre es, wenn nun auch bei dem Aufbau des Reichswirtschaftsrats wiederum statt der sachlichen politische Gesichtspunkte maßgebend wären. Die Gefahr, daß eine solche Verfallung des Grundgedankens eintritt, ist nicht gering. Schon melden sich die Forderungen des staatlichen Partikularismus und die Machtgelüste der Fraktionspolitik. Man kann sich gegen die Gefahr nur sichern, wenn man den Aufbau im Anschluß an diejenigen Formen des Wirtschaftslebens vollzieht, die sich aus der Not der Zeit heraus gebildet und in ihr bewährt haben.

Am 18. März war Diner bei Hofe für die Mitglieder der internationalen Arbeiterschulkonferenz, zu welchem Fürst Bismarck nicht erschienen war. Nach der Tafel fragte mich Seine Majestät, warum das Abschiedsgesuch des Fürsten noch nicht eingegangen sei. Ich erwiderte, daß der Fürst gestern im Staatsministerium seine Absicht, die Entlassung zu erbitten, kundgegeben und dabei bemerkt habe, er werde das unverzüglich thun. Aus welchem Grunde der Reichskanzler seine Absicht nicht ausgeführt habe, wäre mir unbekannt. Seine

Nachmittags 4. Uhr begab ich mich in das Schloß, um Seiner Majestät über den Entwurf Vortrag zu halten. Herr von Lucanus war bei diesem Vortrage zugegen. Als ich an die Stelle des Schreibens kam, in welcher von der Allerhöchsten Gnabenbezeugung gesprochen wird, fragte Seine Majestät Herrn von Lucanus, welches Ergebnis seine Erkundigungen über die Geneigtheit des Fürsten, die Würde eines Herzogs von Lauenburg anzunehmen, geliefert hätte. Herr von Lucanus verlas einen Brief des Grafen Herbert Bismarck, in welchem in recht scharfer Betonung ausgesprochen war, daß der Fürst diese Auszeichnung nicht als eine solche empfinden würde. Gleichwohl meinte Herr von Lucanus, sie dem Kaiser empfehlen zu sollen. Seine Majestät entschied sich für die Einfügung derselben in das Allerhöchste Handschreiben. Am Schlusse dieser

Ich gi
zum Fürst
abschieden
sehr bew
Augen.
sprach ih
ich von ih
eine über
der Trenn
mich mit
nicht so ge
dem Bew
Katastrop
Durchland
ich nichts
Durchland
Fürst: „I
nicht vor,
dem Kais
Ihnen er
der Zung
für mich,
indessen e
gendes: „
zu erinne
wenn die
gebracht u
geben hab
des Arbe
wenig B
Frauenan

Audienz trug ich Seiner Majestät die Bitte vor, mich von der Gegenzeichnung der Entlassungsorder zu entbinden, da es mir überaus schmerzhaft sein würde, die Entlassung eines Vorgesetzten zu vollziehen; dem ich nahezu 10 Jahre zur Seite gestanden habe, und dem ich unendlich viel Dank schuldig sei. Seine Majestät geruhten, dieser Bitte zu willfahren, und äußerten, es könne ja die Entlassungsorder von Herrn von Caprivi gegenzeichnet werden.

Am nächsten Morgen (20. März) erschien Herr von Lucanus mit den Handschriften der Allerhöchsten Ordres über den Wechsel im Reichsjustizministerium und im preussischen Staatsministerium bei mir und verlangte, nachdem ich die übrigen Ordres gegenzeichnet hatte, im Kaiserlichen Auftrage auch die Gegenzeichnung der für den Fürsten bestimmten Entlassungsordres durch mich. Ich lehnte dies unter Hinweis auf die mir gestern in seiner, des Geheimen Rabinettsrats, Gegenwart erteilte kaiserliche Zusage ab und ließ mich zu einer anderen Entschliessung auch nicht dadurch bestimmen, daß Herr von Lucanus mir entgegenhielt, Herr von Caprivi sei nicht in Berlin anwesend und lehre erst am nächsten Tage zurück. So lange aber könne die definitive Erledigung der Kräfte, welcher man im In- und Auslande mit Spannung entgegen sehe, nicht hinausgeschoben werden. Noch heute mußte sie durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden, und er riskierte, daß, wenn er mit einer nicht kontrahierten Order zum Fürsten Bismarck komme, dieser die Annahme der Order verweigern würde. Ich riet Herrn von Lucanus, zunächst mit der nicht kontrahierten Order zum Fürsten zu gehen. Ich wollte mir überlegen, was zu tun wäre, wenn Fürst Bismarck die Annahme der Order ablehnen sollte. Nach einer Viertelstunde trat der Geheimen Rabinettsrat von Lucanus in Gemeinschaft mit General von Hahnke wiederum bei mir ein und berichtete, daß der Fürst aus der mangelnden Gegenzeichnung kein Bedenken gegen die Annahme der Order hergeleitet, daß er sie ihm zur Nachholung der Gegenzeichnung wieder mitgegeben, aber dringend gebeten habe, Seine Majestät zur Abstandsnahme von der Verleihung der Würde eines Herzogs von Laurenburg zu bestimmen. Seine Majestät wäre jedoch auf einem Spazierritte begriffen und es sei kaum mehr möglich, die Order noch heute in den „Reichsanzeiger“ zu bringen. Ich erklärte mich bereit, die Order sofort setzen zu lassen und eventuell eine Extraausgabe des „Reichsanzeigers“ zu veranstalten. Ohne Allerhöchste Ermächtigung könne aber nichts an dem Inhalte der Ordres geändert werden. Seine Majestät entschied sich für veränderte Veröffentlichung der Ordres, welche in einer Sonderausgabe des „Reichsanzeigers“ noch am demselben Abend publiziert wurden.

Ich ging (21. März 1890) vor dem Frühstück zum Fürsten Bismarck, um mich von ihm zu verabschieden. Als ich beim Fürsten eintrat, war ich sehr bewegt. Mir standen die Tränen in den Augen. Ich küßte Fürst Bismarck die Hand und sprach ihm meinen Dank aus für alles Gute, was ich von ihm genossen habe. Dabei sagte ich, es sei eine überaus schwere Stunde für mich, die Stunde der Trennung von ihm. Der Fürst unterbrach mich mit den Worten: „Nun, Sie sind doch auch nicht so ganz unschuldig an dieser Trennung.“ In dem Bewußtsein völliger Schuldlosigkeit an der Katastrophe entgegnete ich: „Ich versichere Eurer Durchlaucht auf Ehre, Pflicht und Gewissen, daß ich nichts getan habe, was die Treue gegen Euer Durchlaucht verletzt hätte.“ Darauf äußerte der Fürst: „Nein, Treubruch werfe ich Ihnen auch nicht vor, aber Sie haben mich im Kampfe mit dem Kaiser nicht so unterstützt, wie ich das von Ihnen erwarten durfte.“ Ich hatte das Wort auf der Zunge, daß es einen Kampf mit dem Kaiser für mich, seinen Minister, nicht gebe, unterdrückte indessen eine solche Äußerung und sagte etwa folgendes: „Ich bitte Euer Durchlaucht, sich daran zu erinnern, daß ich seit fünf Jahren jedesmal, wenn die Arbeiterschutzanträge im Reichstage eingebracht wurden, Eurer Durchlaucht den Rat gegeben habe, den Bestrebungen nach Erweiterung des Arbeiterschutzes etwas entgegenzukommen, ein wenig Beschränkung der Sonntagsarbeit, der Frauenarbeit und der Kinderarbeit zuzugestehen.“

Eure Durchlaucht haben das jedesmal abgelehnt, und ich habe im Reichstage nicht meine, sondern Ihre Anschauungen vertreten, wie das meine Pflicht war. Ich habe mir dadurch manche Abneigung, manche Gegnerschaft zugezogen und ein gutes Teil der Sympathien eingebüßt, welche ich bei den verschiedenen Parteien besaß. Wenn jetzt Seine Majestät der Kaiser den Weg einschlagen will, welchen einzuschlagen ich Eurer Durchlaucht seit fünf Jahren geraten habe, so ist doch unmöglich zu verlangen, daß ich nun auch meinem Allergnädigsten Herrn Opposition machen soll. Ueber Eurer Durchlaucht Stellung zur Arbeiterschutfrage und über deren Begründung habe ich übrigens dem Kaiser niemals einen Zweifel gelassen und dem Monarchen auch die von Eurer Durchlaucht über die Frage gehaltenen Reden vorgelegt.“ Fürst Bismarck blieb im Laufe der Unterhaltung bei der Meinung, daß es mir obgelegen hätte, mich kräftiger und rücksichtslos auf seine Seite zu stellen.

Es blieb mir nur übrig, meinem tiefen Schmerze darüber Ausdruck zu geben, daß der Fürst nach einer nahezu zehnjährigen, durch keinen Mißton getrübbten gemeinsamen Tätigkeit den Verdacht, daß meine Haltung dem Kaiser gegenüber zu seinem Abgange beigetragen habe, nicht aufgeben könne.

Ich richtete die Frage an den Fürsten, ob er die Minister und Staatssekretäre zum Abschied empfangen wolle, und Fürst Bismarck äußerte die Absicht, die Herren am nächsten Tage zu Tisch einzuladen. Das Diner fand, meiner Einwendung ungeachtet, daß Fürst Bismarck ja schon mit der Auflösung seines Hausstandes beschäftigt wäre, statt — ein trauriges Mahl! —

Berliner Bilderbuch.

Am Ostern.

Ein vorreiliger Frühling übt sich in sommerlichen Tugenden. Er klettert in den Mittagstunden das Thermometer auf sommerliche Grade hinauf und überschwemmt die Stadt, die doppelt erwacht, aus Winternot und aus Generalstreik erwacht, mit lauter Sonne. Jede Frühlingswinde pfeifen ein fröhliches Allegretto in dieses sommerlich breite Adagio. Man hat die Last des Putzspulens abgetan, so schnell, wie man sich eben, aus banger Tagen errettet, wieder allmählich an das Leben gewöhnt. Blumen, Narzissen, Tulpen, Weidenkätzchen und zartes Blattgrün stehen an allen Wegen, dazwischen geht die Menge hin und her. Die Damen im neuesten Schnitt: Pelz und heller Strohhut; welch unbeflegelter alljährlich wiederkehrender Frühlingsschmerz! Wie noch war Berlin so elegant wie jetzt und die Frage, woher all dieser Luxus, bleibt unbeantwortet, denn das ganze Berlin kann doch nicht lediglich aus Schiebern bestehen. Ueber dieser Eleganz strahlt das Himmelsblau, bis es dem sanfteren Silber des werdenden Ostervollmonds weicht.

Die Litfassäule.

Sie ist eigentlich die einzige, die noch Spuren der Putzwoche trägt. Denn das geschäftliche Leben und die allgemeine Stimmung haben alles Trübe ziemlich rasch überwunden. Aber die Litfassäule ist der Fünftagerregierung Kapp-Lüttwisch in gewissem Sinne treu geblieben. Da hängen noch vergessene und vergilbte Anschläge von Veranstaltung, die für die Iden des März angekündigt waren; Reste von amtlichen, halbamtlichen und parteiprogrammatischen Verkündigungen; und als Seltsamkeiten zwei von der Sonne gegerbte, vom Wind zerschlossene Anschläge: einer, in dem irgendein völlig unbekannter Herr F. N. der Welt mitteilt, wie sie es machen muß, um aus den politischen Wirren herauszukommen. Er verjäumt auch nicht, seinen vollen Namen, die volle Anschrift beizufügen, und man weiß jetzt, an wen man sich zu wenden hat, wenn man nicht mehr aus noch ein weiß: an den von einer politischen Eitelkeits-epidemie erfaßten Herrn F. N. der „allen Reizenden und solchen, die es werden wollen“, das

alleinwirkende Rezept vorschreibt. Und ein zweiter Anschlag, in dem sich ein idealer Schwärmer mit dem Hinweis auf die christliche Liebe und die ethischen Grundideen des Nazarenertums an die „Brüder“, an „Sozialdemokraten, Deutsch-nationale, Kommunisten usw.“ wendet. Zeichen der Zeit auf der Litfassäule. Jeder sucht nach seiner Weise aus der Enge den Weg ins Freie.

Putz-Kind.

Ein Kind ist geboren. Das ist nicht verwunderlich. Es ist am 13. März 1920 geboren. Das gibt immerhin schon zu denken. Aber: die politische „orientierten“ Eltern wollten das Ereignis, daß es just am 13. März 1920 geboren wurde, der Nachwelt festhalten. Und so gehen sie — es ist tatsächlich in Berlin geschehen — zum Pastor und wollen den strammen Bengel nach dem berühmten Muster der Kriegszeit, da man auf die Namen Kluck und Hindenburg taufte, auf den Namen „Putz“ taufen lassen. Der Pastor schüttelt den Kopf und sagt, das gibt es nicht. „Putz“ sei kein christlicher Name. So muß das Putzkind darauf verzichten, ein „Putz“ zu werden. Später wird es dafür dankbar sein. Denn es macht sich nicht gut, als Herr Putz Lehmann oder als Fräulein Putz Müller durchs Leben zu gehen. Es ist für das spätere Fortkommen und für die Heiratsaussichten schon besser, bloß Max oder Minna zu heißen und zu bleiben.

Die Politik der Woche.

Die Neubildung der Regierung, die im Auftrage des Reichspräsidenten der bisherige Außenminister Hermann Müller übernommen hat, ist unter Einwirkung und Mitwirkung der Gewerkschaften zustande gekommen. Es wird sich nun zeigen müssen, ob diese verfassungsmäßig unmögliche Nebenregierung, die auch die Arbeit des einzelnen Ministers fortlaufend kontrollieren und mit ihrem Veto wie ein Damoklesschwert bedrohen wird, sich weiter durchzusetzen vermag. Das alles ist größter Aufmerksamkeit wert, denn es hängt davon viel mehr ab, als sich der einfache Untertanenverstand gemeinhin träumen läßt. Man muß sich klar machen, daß alles Partieren, Kompromisseln und Konzessionieren, wie es in den 9 Punkten der Berliner und den zahlreicheren der Bielefelder Abmachungen seinen Niederschlag gefunden hat, nichts weiter ist als das, was die „Freiheit“ als Brosche für den Einzug der Räteherrschaft über ganz Deutschland bezeichnet. Diesen Tatsachen verschließt man sich in vielen Kreisen der vertragschließenden Parteien nicht. So bespricht die „A. B.“ die Möglichkeiten in Ursache und Folge des Rabinettsrücktritts in eindeutiger Weise, wenn sie schreibt: „Wir nehmen an, daß der Druck von links her diese Wirkung gehabt hat. Die Lage war seit einigen Tagen zum Zerreißen gespannt, und es steht außer Zweifel, daß der Koalitions-gedanke mehr denn einmal aufs schwerste bedroht war. Indes es gibt Grenzen. Man hat das Gefühl, daß die Mehrheitssozialdemokratie den Augenblick zu einer kräftigen Linkswendung gekommen sieht. Naht und brutal enthußt sich da und dort der Wille zur Diktatur. Von Demokratie, von Verfassung ist keine Rede mehr — nur noch das Proletariat hat zu sagen, nur die Klassenbewußten Arbeiter haben das Recht, zu regieren. Ein Loch soll aufgerichtet werden, unter das man ganz Deutschland beugen will.“

Inzwischen hat sich die neue Regierung der Nationalversammlung vorgestellt. Aber das Auftreten des Koalitionskabinetts war ein Scheinmanöver, das niemanden über die wirkliche Lage hinwegtäuschen vermochte. Der Reichswehrminister Gessler und Herr Müller gebrauchten allerlei stolze Worte, aber Herr Legien hatte die Fäden in der Hand, und nach seinem Willen mußte denn auch der Regierungswagen weiter gelenkt werden. Was Herr Müller über das Ultimatum der Regierung und was Herr Gessler über

die Stärkung der Reichswehr sagten, war völlig in den Wind gesprochen. Am Dienstag Mittag 12 Uhr sollte der Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet erfolgen, um endlich der gequälten dortigen Bevölkerung die ersehnte Erlösung von dem Terror der roten Armee zu bringen. Alles leere Wort! Es geschah nur das, was Herr Regien will, und so konnte am Mittwoch der „Vorwärts“ seine Titelseite mit der triumphierenden Überschrift schmücken: „Kein Einmarsch in das Ruhrgebiet“. Darunter stand dann die etwas kleinere Zeile: „Kein Generalstreik in Berlin“. In diesen beiden Zeilen hat man den inneren Zusammenhang. Herr Regien muß im „Vorwärts“ in derselben Nummer zugeben, daß er in der Tat der Regierung mit kategorischen Forderungen in den Arm gefallen ist, der zum Schlage gegen die rote Westarmee erhoben war. Hinter der Nichterfüllung dieser Forderungen lauerte der neue Generalstreik, und die Regierung ist, wie nicht anders zu erwarten war, in die Knie gesunken. Kein Einmarsch in das Ruhrgebiet! Und darum: Kein Generalstreik in Berlin. Auf diesem Wege geht es zweifellos ins Verderben. Die Reichswehr kann unmöglich weiter derartige Stöße aushalten, wie sie ihr durch die Regierungsparteien ins Gesicht und in den Rücken verfehrt werden. Muß die Reichswehr schließlich vor der roten Armee kapitulieren, so bricht die letzte Stütze staatlicher Ordnung und staatlichen Zusammenhaltens. Und dann werden ganz andere Leute als Herr Regien die Erben sein. Schon jetzt drohen die revolutionären Betrübten über ihn in Berlin genau so hinwegzugehen, wie im Industriegebiet die Kommunisten über die Mehrheitssozialisten zur Tagesordnung übergegangen sind. Am Dienstag hat Herr Regien noch versucht, die Vertreter der revolutionären Betriebsräte in Berlin von den Verhandlungen mit der Regierung auszuschließen. Als Antwort wurde ihm zugerufen: „Wir werden es Ihnen schon zeigen.“ Und das werden sie zweifellos tun, denn wenn der Stein ins Rollen kommt, so wird ihn auch Herr Regien, der jetzt noch den Diktator spielt, nicht aufhalten können. Dann wird er rasch von denjenigen beseitigt sein, die im Abgrund des Bolschewismus ihr Ziel erblicken. So hat seit dem November 1918 immer einer dem anderen in die Hände gearbeitet: Die Demokraten den Sozialdemokraten, die Mehrheitssozialisten den Unabhängigen, die Unabhängigen den Kommunisten, und so geht es jetzt in beschleunigtem Tempo weiter. Und gegen alle Mahnungen und gegen alle Warnungszeichen ist diese buntgemischte Gesellschaft taub und blind.

In den Tagen des Stuttgarter Aufenthaltes der geflohenen Regierung schrieb ein dortiges führendes bürgerliches Blatt: „Das törichte Geblöke, der Feind steht rechts, muß aufhören“. Spott und Hohn war die Antwort aus dem Regierungslager und in einer dem späteren Geschichtsschreiber wohl noch mehr als „ins Zeitgenossen unbegreiflichen Verblendung“ heult ein verheerter Teil der deutschen öffentlichen Meinung die blöden Phrasen nach: „Das Volk hat gesiegt“ und — „Der Bolschewismus ist eine Erfindung der Reaktion, um ihre Niederlage zu bemänteln“. Und was geschieht denn wirklich in diesen Tagen in deutschen Landen? Wenn das deutsche Volk nicht bald begreift, daß es in seiner wichtigsten Lebensfrage belogen und betrogen und aus engsten überlebten Parteidoktrinen heraus immer aufs neue verheert wird, dann geht es wieder einmal dem Zusammenbruche zu; dann zerfällt es zunächst in einzelne Teile, verliert seine Selbstständigkeit, wird die Beute seiner bisherigen Feinde und früher oder später ist es auch mit der ganzen europäischen Kultur zu Ende. Wer heute noch leugnet, daß es auch in Deutschland „Bolschewismus“ gibt, der weiß nicht, was Bolschewismus ist, oder verschleierte absichtlich die Wahrheit. Schon sind die Fundamente deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage, deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur erschüttert. In von seinem Standpunkte aus taktisch kluger Mäßigung hat der russisch-deutsche Kom-

munistismus die große allgemeine Kraftprobe mit den Waffen im Augenblick geschaut und wird mit so größerer Energie die innere Zersetzung zu beschleunigen suchen. Ja, es gibt neben dem äußeren Feind auch bereits einen inneren Bolschewismus in Deutschland, und aus zwei Quellen zieht er die Kräfte zu seiner Entwicklung. Vom Osten her ergießt sich allen Warnungen zum Trotz ungehindert eine Flut dunkler Existenzen nach Deutschland hinein mit falschem Paß, falschem Namen und falschem, bisweilen auch echtem Geld, jedoch mit genügender Intelligenz, um die durch jahrzehntelangen Klassenkampf, durch das Elend des Krieges und die Not der Revolution ermüdeten und verheerten Massen zum Umsturz der heutigen Wirtschaftsordnung anzufeuern. Der andere Quell sind jene deutschen Führer der Organisationen, die ohne jedes nationale und wirtschaftliche Verantwortungsgefühl unter Verleugnung und Verachtung alles dessen, was Deutschland einst groß und mächtig gemacht hat, die augenblickliche Machtlosigkeit des Staates und die Indolenz und Wehrlosigkeit des Bürgertums rücksichtslos auszunutzen, um das Proletariat zum Alleinherrscher zu machen. Im Kampf gegen diese ungeheure Gefahr müssen gleichzeitig zwei Wege beschritten werden: Trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten müssen wir versuchen, den verheerten Minderheiten und ihren Führern gegenüber eine breite Abwehrfront zu bilden, ohne es dabei einen Augenblick zu unterlassen, auch unter den Massen selbst für Arbeitsfrieden und gemeinsamen Wiederaufbau zu wirken und ihnen das Unsinntige und auch für sie selbst Schädliche der kommunistischen Entwicklung klarzumachen. Außerdem gilt es, mit allem Nachdruck einzutreten für die sofortige Schaffung einer über den heute zur Verfügung stehenden vorbereitenden Reichswirtschaftsrat weit hinausgehenden wirtschafts- und berufständischen Körperschaft, in der Vertreter aller am deutschen Wirtschaftsleben schaffend Beteiligten gemeinsam und solidarisch an seinem Wiederaufbau arbeiten.

Nach der triumphierenden Verkündung der jetzigen Regierungsparteien bezw. der Regierung selbst hat das „Volk“ gegen die Reaktion und den Militarismus entscheidend gestimmt und die „Demokratie“ ist durch die völlige Überwindung des Militarismus erst recht gesichert worden. Darin liegt eine ungeheure Heuchelei und zugleich eine bewußte Verdrehung des Begriffes „Demokratie“ zugunsten der jetzigen Koalitionsparteien. Die Deutsche Volkspartei soll danach also nicht zum Volksstaat gehören. Erleichtert wird diese besonders auf den Wahlkampf berechnete Verhöhnung und Demagogie durch den Namen der Partei, die sich „demokratische“ nennt und mit der wir im kommenden Wahlkampf in erster Linie die Klinea kreuzen müssen. Und nach den Erklärungen der letzten Wochen dürfen wir wohl mit allem Nachdruck feststellen, daß die heutige demokratische Partei mit ihrem davorstehenden schwächlichen Nachsehen linksradikalen Forderungen gegenüber die wahre Demokratie nicht vertritt. Sie hat vielmehr entsetzlich ihrem allgemeinen Verhalten seit der Revolution und seit Weimar während der letzten Tage durch ihr Eintreten für den Generalstreik, durch die Annahme der neun Punkte in den Verhandlungen ihrer Vertreter mit den Gewerkschaften und zuletzt durch den Wiederauftritt in eine sich bereits einer Klassenherrschaft unterwerfende Regierung die deutsche Demokratie aufs schwerste erschüttert. Umso lauter verkündet ihre Presse nach dem Auslande hin, daß dessen Vertrauen nur eine solche deutsche Regierung hohen mühe. In der sie selbst mit ihren heutigen Genossen sähe und von der die Deutsche Volkspartei und damit auch alle in ihr schließenden politischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte ausgeschlossen sein sollten. So wird es für den kommenden Wahlkampf zu einer „wenigpolitischen Pflicht“ unserer Partei, nicht nur dem Inlande, sondern auch dem Auslande zu beweisen, einmal, daß auch wir keinen Obrigkeitstaat alten Stiles, sondern eine Demokratie wollen, und zwar eine reinere, kräftigere und arbeitstüchtigere als die, welche der heutigen De-

mokratischen Partei vorschwebt; und zum anderen, daß ohne unsere tätige Mitwirkung der Wiederaufbau Deutschlands und damit auch die Verwirklichung der vom Auslande an ihn geknüpften Erwartungen unmöglich ist.

Tag für Tag muß die Volkspartei, die wir haben, um ihr Leben, zum mindesten um ihre Autorität kämpfen. Der Aufbruch im Ruhrgebiet redet eine berebete Sprache, aber auch die neren Vorgänge, die auf dem gleichen Grunde erwachsen sind, verdienen volle Beachtung. In Döberitz harret die Marinebrigade Ehrhardt des Abtransportes nach dem Hochseefischer Lager. Damit soll eine Forderung der radikalen Parteien und der Gewerkschaften erfüllt werden. Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, aber da kommen die Eisenbahner der „Überwachungsstelle“ in Altona und verweigern die Einwilligung zum Durchtransport der Truppen. Nach ihrem Beispiel lehnen dann auch die für Döberitz zuständigen Eisenbahner jede Mitwirkung zum Abtransport ab. Und die Regierung — scheint es — ist nicht imstande, ihren Anordnungen, ihren Befehlen den erforderlichen Nachdruck zu geben. Ist das nicht auch Aufbruch, Auflehnung gegen Gesetz und Verfassung? Im Zuchthaus zu Brandenburg brechen über hundert Sträflinge aus, die Meuterei kann nur mit Militärhilfe niedergeworfen werden. Den Beamten des Zuchthauses bleibt nichts anderes übrig, als gegen die ihr eigenes Leben bedrohende Meuterei derartiger Vorkommnisse zur Selbsthilfe zu schreiten. Sie verlangen: Aufhebung der Freiheit des Zeitungslesens, Aufhebung des ungestörten Verkehrs und der Sprechfreiheit, dauernde ausreichende Militärbewachung und Verstärkung der Beamtenkraft, strenge Bestrafung der Ausgebrochenen. Man erfährt also aus diesen Forderungen, daß die Meuterei den Inassen des Zuchthauses eine Bewegungsfreiheit zugestanden hat, die den gewalttätigen Befreiungsversuch ermöglichte, daß den Zuchthäusern — wohl aus Gehorsam gegen die Anordnungen des neuen Zeitgeistes — Erleichterungen ihrer Lage zugestanden wurden auf Kosten der zu ihrer Bewachung bestellten Beamten, und daß endlich diese Beamten jetzt ihrerseits Forderungen an die Regierung stellen müssen, um nicht fernerhin bei Ausübung ihres Dienstes Leben und Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Das sind nur zwei Fälle unter vielen. Sie kennzeichnen aber zur Genüge den Zustand der Dinge, wie er sich im neuen Deutschen Reich gestaltet hat.

Aus Welt und Zeit.

Deutschland ist ausgestrichen...

Wie gering in Nordamerika die Achtung vor uns Deutschen ist und wie wenig wir dort noch zuzusehen haben, läßt der Brief eines ehemals in Leipzig ansässigen Arztes erkennen, der sich 1908 in Chicago niedergelassen hat, und der jetzt von dort an einen Leipziger Freund schreibt. In dem Brief heißt es:

Ich glaube, wir im Auslande, zu mindestens diejenigen, die noch durch und durch deutsch geblieben sind, empfinden die Schmach und Schande, die über Deutschland jetzt hereingebrochen ist, viel mehr als ihr drüben in Europa. Die hiesigen Zeitungen stroken noch voller Gemeinheiten über alles, was deutsch ist, von irgendwelcher versöhnenden Stimmung ist noch wenig zu merken und es wird wohl auch nicht bald anders werden, da England alles Interesse hat, hier in Amerika hahn im Korbe zu bleiben. Dadurch ist die Stellung des Deutschen, vielleicht nicht so sehr im einzelnen, aber riesengroß in der Gesamtheit, tief herabgesunken, und es ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Und auch bei gutgefinnten Amerikanern, die die Politik Englands durchschauen, ist der Glaube an die Zukunft und an die Mission Deutschlands völlig geschwunden. Deutschland ist jetzt in ihren Augen ausgestrichen aus der Liste der mächtigen Länder, und man geht über diesen Leichnam stillschweigend zur Tagesordnung

über. V
heiten, a
ren, und
dazwisch
zwischen
und die
Das in
wir ble
wolle
Das ist
eine M
in se
Eigenn
Elite a
noch le
der Tr
Reife h
der F
tere Fo
keine r
gegnä.

Die „
einem la
Engla
folgende

„Ich
Kadetten
nem er
teilung
Klasse U
ist von
Offizier
Graben.
lich nach
„Schwer
eroberte
Morphin
einem
den leht
ging da
benden
eine ein
a. b. C.
betraut
ment.
solches.
Knopf,
langer
mit die
graben
ten d
gramm
Später
Urlaub
die D
teiligen
ohne f
den: er
Er kan
Unter
nicht,
ihn zu
Als ob
Der
fühlen
mand
W
die V
lassen

De
Gener
den,
zehn

1.
vier
hast
Kind
Jeres
tuge

2.
brau
ginn
3.
möge
De
Join.

über. Auf der einen Seite gefällige Gemein-
heiten, auf der anderen Seite totales Ignorie-
ren, und auch der Deutsche als Individuum steht
dazwischen und wird zerrieben wie ein Korn
zwischen zwei Mühlensteinen. Und dann der Hohn
und die Schadenfreude! Wehe den Besiegten!
Das in seiner ganzen Tragik zu erdulden, haben
wir hier reichlich Gelegenheit. Und dabei
wollen Millionen auswandern! Das ist das
jammervollste, daß der Deutsche nur eine
Art Kulturbürger für das Ausland ist und in
seiner zweiten Generation schon völlig seine
Eigenart verloren und fremde Sprache und
Sitten angenommen hat. Deutschland ist eben
noch keine abgeschlossene Nation, wie England
oder Frankreich. Ob es das Elend schneller zur
Reife bringen wird? Augenblicklich scheint ja
der Zerfallsprozeß im Innern immer wei-
tere Fortschritte zu machen; keine großen Ideen,
keine weiten Ziele, nur das gefällige Partei-
geiz.

Englische Nettoneurs.

Die „Haagsche Courant“ vom 9. 2. bringt in
einem längeren Stimmungsbericht über
England, datiert aus London vom 27. 1. 20
folgende Erzählung:

„Ich erinnere mich noch, wie ein Freund einem
Kadettenkorps beigetreten war und mir bei sei-
nem ersten Urlaub von seinen Eindrücken Mit-
teilung machte. Er erzählte mir, daß er mit seiner
Klasse Unterricht durch einen Offizier erhielt, der
just von der Front zurückgekehrt war. Dieser
Offizier sprach über das Ausräumen der eroberten
Gräben. „Leichtverwundete Feinde werden natür-
lich nach dem Verbandplatz geführt,“ sagte er.
„Schwerverwundeten Feinden, die man in einem
eroberten Graben findet, gab man früher eine
Morphiumeinspritzung und brachte sie dann nach
einem Feldlazarett, wo sie oft noch tagelang in
den letzten Zügen lagen. Nun aber (es war 1916)
ging das anders zu. Der Transport von Ster-
benden war ein nutzloses Werk. Man hatte nun
eine einfachere Methode erdacht. Man tat sie
ab. Ein Offizier war speziell mit dieser Aufgabe
betraut. Er hatte dazu ein besonderes Instru-
ment. (Der Vortragende zeigte der Klasse ein
solches.) Es bestand aus einem dicken metallenen
Knopf, an dessen Ende ein mehrere Dezimeter
langer Rohrstock befestigt war. Der Offizier ging
mit diesem Instrument durch die feindlichen Lau-
gräben und schlug den Schwerverwunde-
ten die Hirnmasse ein.“ Meinem Freunde
grüßte es, während er mir diese Erzählung machte.
Später ging er selbst an die Front. Als er auf
Urlaub kam, begegnete ich ihm. Er sprach über
die Offensive an der Somme, an der er
teilgenommen hatte. So ganz nebensächlich, fast
ohne sich etwas dabei zu denken, erzählte er von
dem ersten Manne, den er niedergeschossen hatte.
Er kam in einen feindlichen Graben. Aus einem
Unterstand trat ein Mann hervor. Er wußte
nicht, was der Mann tun würde, und da schloß er
ihn zur Sicherheit mit seinem Revolver nieder.
„Als ob nichts dabei wäre, wurde mir das erzählt.
Der faustmütige Freund, der früher so fein-
fühlend war, dachte nun kaum daran, daß er je-
manden toteschossen hatte.“

Wir müssen natürlich dem holländischen Blatte
die Verantwortung für diese Erzählung über-
lassen.

Zehn deutsche Gebote für 1920.

Oberstleutnant v. Mettsch-Dresden, Chef des
Generallstabes des Wehrkreises 4, veröffentlicht in
den „Süddeutschen Monatsheften“ die folgenden
zehn deutschen Gebote für 1920:

1. Bleibe stolz darauf, daß das deutsche Heer
vier Jahre lang einer Welt von Feinden mann-
haft widerstand. Präge dieses Selbstbewußtsein
Kindern und Enkeln ein. Schäme dich aber an-
seres Zusammenbruchs, prüfe deine Mitschuld und
tut sie.

2. Gebrauche nicht große Worte, sie sind ver-
braucht. Schaffe vielmehr sittliche Werte. Be-
ginne im eigenen Willkürbereich.

3. Beachte wohl, daß nicht Tage zu lösen ver-
mögen, was die Jahrzehnte geknüpft. Laß nicht
Lebenskraft, sondern zähe Geduld deine Beraterin
sein.

4. Liebe jeden Deutschen, der Deutscher sein
will, wie dich selbst.

5. Ehre jede pflichttreue Einordnung vor
dem Zusammenbruch, auch wenn sie ihn nicht ver-
hütete. Achte jede redliche Aufbaubestrebung
nach ihm, auch wenn sie noch nicht viel erreichte.

6. Vergiß nie, daß, mächtiger als innerer
Zwist, äußerer Feind vor den schlecht verschlossenen
Toren steht und leicht käuflicher, verrückter Verrat
in den eigenen Mauern wohnt.

7. Glaube unerschütterlich an unseren Aufstieg!
Suche, was eint, meß, was trennt!

8. Nimm dir der Krieg weder Gesundheit, noch
Vater, Söhne oder Brüder, so hast du wohl ein
kaum erfüllbar Maß von Dank und Pflichten zu
erfüllen, aber nur wenig Recht zu haben und zu
fordern.

9. Von allem Niederen verachte am grimmig-
sten den Eigennutz! Auf ihm beruht alles Uebel,
von der kleinsten Schwäche, bis zum gemeinsten
Verbrechen.

10. Arbeite für Kinder und Enkel, Waisen und
Gefangene! Deren Zukunft sei dein Vaterland,
Nächstenliebe zu ihnen deine Vaterlandsliebe.

Aus der Partei.

Zusammenkunft der Fraktion der D. V. P.

Angeichts des Auseinandergehens der National-
versammlung fand vorigen Montag ein zwang-
loses Zusammensein der Mitglieder der
Fraktion der Deutschen Volkspartei statt.
Im Verlauf der Zusammenkunft sprach Abg. Graf
Dohna dem Fraktionsvorsitzenden, Staatsmini-
ster Dr. Heinze den Dank der Fraktion für seine
Tätigkeit aus. Gerade in schwierigen Zeiten, wie
namentlich in der letzten Vergangenheit, habe Dr.
Heinze es verstanden, die Fraktion nachdrücklich und
in wirkungsvoller Weise zu vertreten und ihr den
Einfluß zu sichern, den sie nach ihrer ganzen bis-
herigen Leistung zu beanspruchen habe. Abg. Dr.
Heinze wies in seiner Erwiderung darauf hin,
daß die sachliche Arbeit der Fraktion selbst von ihren
Gegnern anerkannt werden müsse. Bei allen gro-
ßen Gesetzesvorlagen habe die Fraktion, obwohl sie
als Opposition gegen die Regierung stehe, wert-
volle sachliche Mitarbeit geleistet, und es gebe wohl
kein Gebiet der Gesetzgebung und keine politische
Frage, bei denen die Fraktion nicht treu ihrer
zahlenmäßigen Schwäche Gelegenheit gehabt habe,
sachverständige Mitarbeiter zu stellen. Was die
Fraktion stärke und mit Vertrauen in die Zukunft
blicken lasse, das sei vor allem das Vertrauen, das
man im Lande der Führung entgegenbringe.
Seit über 20 Jahren stehe er nun im gemeinsamen
politischen Kampfe Seite an Seite mit Dr.
Stresemann. Er wolle an dieser Stelle dem
Dank der Fraktion Ausdruck geben für alles das,
was Dr. Stresemann in dieser Zeit an unermüd-
licher Arbeit geleistet habe. Wenn gerade in den
letzten Tagen besonders heftige Angriffe gegen ihn
gerichtet worden seien, so werde er diese Angriffe
um so leichter ertragen, als er ja wisse, daß die
Partei hinter ihm stehe. Abg. Dr. Stresemann
betonte in seinen Dankesworten, daß angesichts der
Schlammflut, die heute in der Zeit der gehässigsten
persönlichen Angriffe jeder Politiker durchwaten
müsse, die Politik nur eine geringe Anziehungs-
kraft ausüben vermöge. Schließlich aber dürfe
es angesichts der Größe der Verantwortlichkeit
in einer Zeit wie der gegenwärtigen für den Ein-
zelnen kein Gefühl der Resignation geben. Gerade
die gegenwärtige Zeit mit ihren Erschütterungen,
die an keiner Partei unbemerkt vorübergehe, habe
gezeigt, daß die Begründung der Deutschen Volks-
partei eine parteigegensätzliche Notwendigkeit ge-
wesen sei. Fänden sich doch gerade gegenwärtig
durch Zustromen von rechts und links in ihr immer
größere Teile des deutschen Bürgerums zusammen.

Fraktionserklärung zum Fall Traub.

Abg. Graf Dohna gab am vorigen Dienstag
in der Nationalversammlung bei der Beratung

über die Auslieferung des abg. Traub
Erklärung ab:

Wir haben weder Anlaß nach Neigung, der Ver-
folgung der Teilnehmer an dem Abenteuer des
Herrn Rapp irgend welche Hindernisse in den Weg
zu legen. Wir vermögen aber auf der anderen
Seite auch nicht anzuerkennen, daß der Fall Traub
so gelegen wäre, daß er Anlaß bieten könnte, von
der ständigen Praxis des Reichstags abzugehen.
Der eine Fall, in dem der Reichstag davon abwich,
ist der Fall Liebknecht gewesen. Seither aber ist
der Reichstag und ist dieses hohe Haus zu der alten
Praxis zurückgekehrt und hat sie namentlich in dem
Falle Gaudorfer geübt, der auf ein Haar genau
ebenso liegt, wie der Fall Traub: Annahme eines
Amtes aus den Händen einer hochverräterischen Re-
gierung.

Nur aus diesem Grunde, weil wir das Gefühl
nicht los werden, daß hier eine abweichende Hand-
habung einer längst eingewurzelten Praxis aus
politischen Rücksichten beabsichtigt ist, wehren wir
uns gegen dieses Abgehen von der Übung, dann
aber auch mit Rücksicht darauf, daß der Ausschub,
den das Verfahren gegen den Kollegen Traub er-
leiden würde, sich nur auf ein paar Wochen er-
strecken kann. Später soll dann der Justiz freier
Lauf gelassen werden.

Ist Herr Erzberger vergessen?

Der Abg. Garnich von der Deutschen Volk-
partei hat folgende kleine Anfrage an die Preu-
ßische Staatsregierung gerichtet:

Nach einer anscheinend amtlichen Mitteilung
war die Untersuchung über die Richtigkeit der
Steuererklärung des früheren Reichsfinanzmini-
sters Erzberger bereits vor einigen Wochen
nahezu abgeschlossen.

Ist die Preußische Staatsregierung in der Lage,
nunmehr über das Ergebnis dieser Untersuchung
Auskunft zu geben?

Wir begrüßen diese Anfrage des Abg. Garnich
auf das lebhafteste. Herr Erzberger hat bis jetzt
vielfach das Glück gehabt, daß in entscheidenden
Augenblicken ein gnädiges Geschick ihn mit dem
Schleier einer zweifelhaften Liebe bedeckte. Jetzt
haben die Ereignisse der Märzrevolte und die bol-
schewistischen Unruhen ihn vor der Öffentlichkeit
beinahe schon der Vergessenheit anheim gegeben.
Unter keinen Umständen darf aber der krasse Schie-
berroman Erzbergers enden ohne das Schlußkapitel,
das Klarheit und Wahrheit über die Steuerange-
legenheiten des verflochtenen Finanzherosstraten
bringen muß. Wir sind gespannt, wie die Preu-
ßische Staatsregierung auf die Anfrage des Abg.
Garnich reagieren wird.

Der Rapp-Buttsch vor der Nationalversammlung.

Unter diesem Titel ist ein Flugblatt der Deut-
schen Volkspartei erschienen, das die Reden des Abg.
Dr. Heinze und des Abg. Dr. Hugo in den Sitzun-
gen der Nationalversammlung vom 29. und 30.
März in ausführlicher Wiedergabe bringt. Das
Flugblatt eignet sich zur Massenverbreitung im
weitesten Umfange und ist gleich wirksam in der
Verteidigung wie im Angriff. Bestellungen
werden an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen
Volkspartei, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 227,
erbeten. Die Lieferung erfolgt zum Preise von
120 M. für je 1000 Stück.

Dr. Hunsicker, Siegen, Bahnhof-
straße, treffen sich jeden Mittwoch von
6-8 Uhr die Parteifreunde an einem Partei-
sammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen
der Deutschen Volkspartei (Herrn Klingpor-
1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fern-
ruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1,
tätlich in Siegen.

Weidetiere Diebstahlversicherung

auf der Weide und im Stall einschließlich der Verluste
durch Abschachten und Blutschlag sowie

Weideversicherung

gegen Tod und notorisch gewordenen Raub zu billigen
festen Prämien empfiehlt

Perleberger Versicherungs- Aktien-Gesellschaft.

Nähere Auskunft hierüber sowie über alle weiteren
Möglichkeiten der Viehversicherung erteilen (1454)

General-Agent Walter Hapfe, Dortmund,
Rafertstraße 81 und die Telefon 7501

Generaldirektion in Perleberg.

Vertreter überall gern
gewünscht und gesucht.

Motorräder zu kaufen gesucht

am liebsten Militär-Modelle. Abholen an Ort und Stelle.
Magnet-Apparate für Motorräder und Autos laufe
jederzeit und erbitte Angebote mit näheren Angaben.

Karl Kili, Kreuztal, Bismarckstraße 40.
Telephon 87.

Kernleder- Treibriemen

gebraucht, aber gut erhalten, durchweg repariert,
No. 16 m lang, 230 mm breit, ca. 15 mm dick, Gew.
ca. 80 kg, Preis M. 150 per kg, ab Lager lieferbar.

F. Mittleit, Siegen
Brüderweg 5/1. (343)

Die unsichere Lage

verlangt es, daß Sie Ihr Geld, Gold, Schmuck, Dokumente
und sonstige Wertgegenstände schützen. Lassen Sie sich
sicher einen

unsichtbaren Geldschrank

einbauen, ehe es zu spät ist. Derelbe ist feuer- und
diebstahlsicher und in 7 Größen lieferbar. Einbau geschieht
durch erfahrene Fachleute, streng diskret, unauffällig
und schnell. Verlangen Sie Offerte.

Dortmunder Industrie-Bedarf, Hch. Goebel,
Dortmund, Südwall 33, Teleph. 6033.

Deflationen

für den internationalen Dienst vorrätig.

Buchdruckerei W. Vorländer.

Großes Künstler-Konzert

am Mittwoch, dem 14. April 1920, abends 8 Uhr
in der Bürgergesellschaft.

Mitwirkende:

Frl. Sybille Kieselstein, Opernsängerin, Düren (Sopran)
Herr Heinrich Winkelshoff von der Kölner Oper (Tenor)
Herr Max Strub, Köln (Violine)

Träger des Berliner Mendelssohn-Preises.

Programm.

- I. Teil.
1. Romanze aus der Oper „Cavalleria Rusticana“ Mascagni.
Sybille Kieselstein
 2. Violin-Konzert mit Kadenz von Max Strub Paganini.
Max Strub
 3. a) Arie a. d. Oper „Bajazzo“ Leoncavallo.
b) Liebeslied aus „Walküre“ R. Wagner.
Heinrich Winkelshoff
- II. Teil.
4. Vier Lieder:
a) Ueber Nacht Hugo Wolf.
b) Verborgtheit Richard Strauß.
c) Allerseelen
d) Zueignung Syb. Kieselstein
 5. Drei Lieder:
a) Gesang Weylas Hugo Wolf.
b) Liebesfeier Weingartner.
c) Heimliche Aufforderung R. Strauß.
Heinrich Winkelshoff
 6. a) Rondo Mozart-Kreisler.
b) Allegretto Boccherini-Kreisler.
c) Präludium und Allegro Pugnani-Kreisler.
Max Strub
 7. Duett aus „Carmen“ Bizet.
Syb. Kieselstein und H. Winkelshoff.

Am Flügel: Herr Hans Both.

Sperrsitz 7 M inkl. Steuer, 1. Platz 6 M inkl. Steuer, 2. Platz 4,50 M inkl. Steuer.
Vorverkauf: Rühling, Bahnhofstraße. (546)

Holzverkauf.

Gegen Meistgebot verkaufe ich
am 22. April cr., mittags
1 Uhr, in der Nähe des Bahnhofs
Oberndorf (Kreis
Kreuztal-Marburg) ca. 1 1/2
Morgen Fichten, zu Bau-
schien- und Grubenholz geeignet.
Bedingungen werden im
Termin bekannt gegeben.

Franz Schmidt,
Oberndorf, Kreis Wittenstein.

Tanzunterricht

Empfehle mich für kleine und
größere Feste und Einzel-Tanz-
unterricht zu jeder Tageszeit,
wie: Boston, Fox-Trott, Dia-
waltza usw.

Wilh. Böhl
Tanzlehrer
Marburger Tor 23.

Kurz geschnittenes Brennholz

in größeren und kleineren
Mengen geben ab (1388)

Gebr. Leicht,
Lager Siegen-Ost,
Telephon 276.

Gegen Katarre

EMS
Emser
Wasser

Zu Abschlüssen von Lebens- und Renten-Ver-
sicherungen. Versicherung gegen Feuer, Einbr.-
Diebstahl und Verabreichungsschäden, Einzel- und
kollektiv-Unfall-, Haftpflicht- und Automobil-
Versicherungen, Transport- und Reise-Verfiche-
rungen, Maschinenbruch sowie sämtliche andere
Versicherungsarten empfiehlt sich

Friedrich Schwunt,

Haupt-Agentur erstkl. Gesellschaften
Marburger Tor 32. — Fernsprecher 664.

Zöpfe

in allen Farben
und Preislagen.

Wilhelm Roscher jun.

Marburger Tor 9 :: Telephon 437.

Photo-Apparate

in größter Auswahl
und jeder Preislage

H. Schmeck. Bahnhof-
straße 12

Zentrifugen und Fahrräder

liefert preiswert

Karl Kili, Kreuztal, Bismarckstr. 40.
Stets großes Lager. Telephon 87